



**SOZIALDEMOKRATISCHE
GEWERKSCHAFTERINNEN**

Südtiroler Platz 14-16
A-6010 Innsbruck
T: +43 512 59 777-604
F: +43 512 59 777-625
@: tirol@fsg.or.at

Antrag Nr. 3

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Die österreichische Steuerstruktur zu Gunsten der Arbeitnehmer/-innen reformieren

Österreich weist eine massive Schieflage im Steuersystem auf: Arbeit wird im internationalen Vergleich viel zu hoch besteuert, gleichzeitig leisten Unternehmen und reiche Privatpersonen einen viel zu geringen Beitrag. Österreich braucht deshalb weitere Lohnsteuersenkungen für Arbeitnehmer/-innen – unter anderem eine sozial ausgewogene Beseitigung der kalten Progression – und eine faire Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen. Internationale Empfehlungen und wissenschaftliche Befunde legen nahe, dafür höhere Beiträge von Vermögenden einzufordern. Denn vermögensbezogene Steuern sind nicht nur die wachstumsfreundlichste Alternative. Sie tragen auch besonders wenig zum gesamten Steueraufkommen in Österreich bei.

Die von der Bundesregierung geplante pauschale und undifferenzierte Senkung der in Prozent des Bruttoinlandsprodukts berechneten Steuer- und Abgabenquote hätte viele Nachteile für die Arbeitnehmer/-innen, da sie massiven Finanzierungsdruck auf den österreichischen Sozialstaat ausübt. Eine hohe Abgabenquote bedeutet ein hohes Niveau sozialer Absicherung und ist ein wirtschaftlicher Erfolgsgarant. Hier befindet sich Österreich in guter Gesellschaft von erfolgreichen und reichen Ländern wie Dänemark, Schweden oder den Niederlanden. Eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote aber nützt nur den Reichen. Sie können sich Privatversicherungen, -kliniken und -schulen leisten. Die Funktion, die für diese Wenigen ihr Privatvermögen hat, übernimmt für alle anderen der Sozialstaat. Der Sozialstaat ist unser aller Vermögen, er ist öffentliches Vermögen.



**SOZIALDEMOKRATISCHE
GEWERKSCHAFTERINNEN**

Südtiroler Platz 14-16
A-6010 Innsbruck
T: +43 512 59 777-604
F: +43 512 59 777-625
@: tirol@fsg.or.at

Weitere Steuergeschenke für Unternehmen würden die Schieflage im Steuersystem zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen weiter verschärfen und die Finanzbasis des Sozialstaats gefährden. Der Druck auf die Bürger/-innen, aus eigener Tasche für die soziale Sicherheit vorzusorgen, würde steigen.

Die steuerpolitischen Maßnahmen der Regierung gehen leider in eine völlig verkehrte Richtung. Arbeitnehmer/-innen werden mit relativ kleinen Steuersenkungen bedacht, die zudem vielen Menschen kaum bis gar nicht zugutekommen. Außerdem müssen die Arbeitnehmer/-innen einen wesentlichen Teil der Entlastung selbst finanzieren – in Form von Leistungskürzungen und der angekündigten Streichung von Ausnahmeregelungen. Andere Gruppen, vor allem große Unternehmen, werden viel großzügiger bedient, obwohl bereits jetzt eine massive Schieflage besteht.

Die 174. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol fordert daher von den im Parlament vertretenen Parteien, die Bundesregierung und insbesondere den Finanzminister dazu auf, eine sozial-ökologische Steuerstruktur-Reform umzusetzen, die den Sozialstaat schützt. Die Reform soll folgende Punkte beinhalten:

- *Lohnsteuersenkungen, inklusive der Beseitigung der kalten Progression bis zur Höchstbemessungsgrundlage, durch eine Millionärssteuer gegenfinanzieren*
- *keine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen*
- *keine weiteren Steuergeschenke für Unternehmen*
- *keine Kürzung von Arbeitgeberbeiträgen zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen*
- *kein Rückgriff auf Ersparnisse und Eigentum (PKW, Wohnung...) von arbeitslosen Menschen*
- *Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, um den österreichischen Sozialstaat auf eine solide Finanzbasis zu stellen.*

B. J. A.